

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

45

11. Jan. 1984

Zweite Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio.
 Franken an Madagaskar

Aufgrund des Antrages des EVD vom 22. Dezember 1983
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

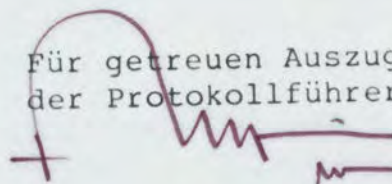
beschlossen:

Die Erteilung einer zweiten Zahlungsbilanzhilfe von 10 Millionen Schweizerfranken an Madagaskar in Form eines nicht rückzahlbaren Beitrages, der dem Zusatzkredit für die Finanzierung der Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft (Aufstockung des Rahmenkredites für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit) zu belasten ist, wird gutgeheissen.

Der Geschäftsträger der Schweiz in Madagaskar wird ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	20	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



ZUSAMMENFASSUNG

Mit dem beiliegenden Antrag unterbreiten wir Ihnen die Vergabe einer zweiten nichtrückzahlbaren Zahlungsbilanzhilfe von 10 Millionen Franken an Madagaskar zur Genehmigung. Die Durchführung einer ersten Hilfe, der Sie im Dezember 1982 zugestimmt haben, ist weit fortgeschritten; wir beurteilen ihre Auswirkungen auf die madagassische Wirtschaft als sehr positiv. Die notwendigen Mittel für die zweite Zahlungsbilanzhilfe werden dem Rahmenkredit für die Finanzierung von Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft entnommen, da der grösste Teil dieses Beitrages für Lieferungen aus der Schweiz benützt werden wird. Die zur Auszahlung gelangenden Beträge sind im Budget 1983 vorgesehen.

Madagaskar befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise. Seit dem Frühjahr 1982 hat die Regierung einschneidende wirtschaftspolitische Massnahmen ergriffen, um die wachsenden Ungleichgewichte in den öffentlichen Finanzen und dem Devisenhaushalt unter Kontrolle zu bringen und die Schlüsselsektoren der madagassischen Wirtschaft - Landwirtschaft, Industrie und Transportwesen - zu rehabilitieren. Diese konsequente Politik hat zu ersten spürbaren Verbesserungen geführt: die Versorgungslage hat sich stabilisiert und die Defizite im Aussenhandel und im Staatshaushalt konnten reduziert werden. Die Verschuldung Madagaskars ist aber so lähmend (ohne Konsolidierungen beträgt der jährliche Schuldendienst über 75 % der Exporterlöse), dass neben weiteren Schuldenkonsolidierungen Zahlungsbilanzhilfe über die nächsten Jahre notwendig sein wird, um eine bessere Ausnützung der bestehenden Produktionskapazität und die Durchführung der gegenwärtig unternommenen Strukturreformen zu ermöglichen.

Die Staatengemeinschaft gewährt Madagaskar wachsende Unterstützung für seine Reformpolitik. Nach erfolgreicher Durchführung eines ersten Beistandkredites des Internationalen Währungsfonds steht ein zweiter Kredit kurz vor dem Abschluss. An einer Tagung der Konsultativ-Gruppe für Madagaskar im April 1983 haben die wichtigsten Partner Madagaskars unter den Industrieländern Nahrungs- und Zahlungsbilanzhilfe für das Jahr 1983 bereitgestellt. Eine weitere Schuldenkonsolidierung und eine internationale Aktion für Soforthilfe sind für die ersten Monate von 1984 vorgesehen.

Die beantragte zweite schweizerische Zahlungsbilanzhilfe ist Teil dieser internationalen Solidarität mit Madagaskar. Wie schon mit dem ersten Beitrag werden Rohmaterialien, Ersatzteile, Halbfabrikate, Werkzeuge und Arbeitsgeräte finanziert, um die landwirtschaftliche und industrielle Produktion Madagaskars trotz mangelnder Devisen zu steigern und damit die sozialen Härten des schwierigen wirtschaftlichen Anpassungsprozesses zu mildern. Diese Hilfe ergänzt die bilaterale Projekthilfe der Schweiz an Madagaskar und erlaubt es, die Handelsbeziehungen der Schweiz mit Madagaskar aufrechtzuerhalten.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 22. Dezember 1983

Nicht für die Presse bestimmt

An den B u n d e s r a t

Zweite Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio.
 Franken an Madagaskar

1. Einführung

Mit diesem Antrag unterbreiten wir Ihnen eine zweite Soforthilfe an Madagaskar zur Genehmigung. Es handelt sich um die Folge der ersten Zahlungsbilanzhilfe von Fr. 10 Mio., der Sie am 17. 12.1982 zugestimmt haben. Die vorgeschlagene Aktion entspricht den Richtlinien für Zahlungsbilanzhilfe, die in der Botschaft des Bundesrates über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit vom 14.12.1981 (BB1 1982 I 713) beschrieben sind.

Eine Weiterführung der Unterstützung Madagaskars ist begründet: Die Ziele der ersten Soforthilfe konnten im wesentlichen erreicht werden; Madagaskar hat wichtige Fortschritte in der Sanierung seiner Wirtschaft und in der wirtschaftlichen Strukturanpassung gemacht; Soforthilfe ist weiterhin notwendig, als Ergänzung unseres bilateralen Projektprogrammes und auch in Anbetracht der Erhaltung eines gewissen Handelsstromes mit Madagaskar.

2. Bewertung der ersten Zahlungsbilanzhilfe

2.1 Stand der Durchführung

Etwa 95 % des Betrages wurden für spezifische Lieferungen verpflichtet. Etwa 50 % der Güter sind schon ausgeliefert, für den Rest sind die Lieferungen im Gange. Es kann deshalb angenommen werden, dass die erste Hilfe im Frühjahr 1984 vollständig durch-

geführt sein wird.

2.2 Erreichen der vorgesteckten Ziele

Die erste Hilfe bezweckte, durch die Finanzierung von importierten Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ersatzteilen, die stark reduzierte Produktion in den wesentlichen Wirtschaftssektoren zu erhöhen. Die Verteilung der Lieferungen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige entsprach den bei der Verhandlung festgelegten Listen:

	<u>vorgesehen</u>	<u>effektiv</u>
Textilindustrie:	29 %	29 %
Landwirtschaft (Reis, Zucker) und Viehzucht:	39 %	37 %
Handwerk und Kleinindustrie (hauptsächlich landwirtschaftliche Geräte und Holzverarbeitung):	18 %	18 %
Konsumgüterindustrie (Glühbirnen, Milchprodukte, etc.)	7 %	6 %
Transportwesen:	5 %	3 %
Verschiedenes:	2 %	7 %

Eine schweizerische Delegation, die im Oktober 1983 die meisten der durch die Zahlungsbilanzhilfe begünstigten madagassischen Unternehmen und Institutionen besuchte, konnte sich davon überzeugen, dass die Lieferungen sinngemäss eingesetzt werden. Dazu drei Beispiele:

- a) Etwa 30 % der Hilfe wurden für Ersatzteile und Farbstoffe des madagassischen Textilsektors verwendet. Die 6 begünstigten Textilfabriken beschäftigen etwa 10'000 Personen und schaffen ungefähr einen Drittel des industriellen Mehrwertes. Seit 1979 hat der Mangel an Devisen zu einer drastischen Kürzung der Ersatzteilbeschaffung und des Einkaufs von Farbstoffen geführt. Gleichzeitig verminderte sich auch die lokale Baumwollproduktion. Einzelne Unternehmen mussten im Jahre 1982 deswegen zeitweise die Produktion stoppen. Zusammen mit ausländischen Krediten ermöglichte der schweizerische Beitrag einen erneuten Anstieg der Textilproduktion in diesem Jahr. Damit konnten nicht nur Arbeitsplätze gesichert und die Bevölkerung mit einem wesentlichen Produkt versorgt werden, sondern es war auch möglich, erneut Tex-

tilprodukte auszuführen und damit, wenn auch in beschränktem Masse, die Devisenbilanz zu verbessern.

- b) Unsere Hilfe finanzierte unter anderem auch die chemische Bekämpfung des hauptsächlichsten Reisparasiten in einer wichtigen Anbauzone im Norden der Hauptstadt. Der mit dieser Aktion erreichte Mehrertrag wird auf etwa 35'000 t Paddy-Reis für die 68'000 behandelten ha geschätzt. Neben der direkten positiven Wirkung auf das Einkommen der Bevölkerung im Projektgebiet konnten dank dieser Hilfe auch Reisimporte in der Höhe von etwa 14 Mio. SFr. eingespart werden.
- c) Malgapan, eine Spanplattenfabrik in Antsirabe mit 150 Angestellten, musste ihren Betrieb wegen Leimmangel einstellen. Mit nur 142'000 Franken kann sie wieder täglich 8 m³ Spanplatten produzieren, die von der Möbelindustrie und der Bauschreinerei dringend benötigt werden und den ohnehin geringen Waldbestand schonen helfen: Spanplatten werden aus Abfallholz produziert; wenn sie fehlen wird Massivholz verwendet.

3.3 Abwicklung der Hilfe

Die meisten begünstigten madagassischen Unternehmen hatten keine Schwierigkeiten mit den Verfahren zur Durchführung der Hilfe. Zwischen dem Gesuch des Unternehmens und der Bewilligung dieses Gesuches verstrichen im Mittel 2 - 3 Monate. Wenige, vor allem staatliche Institutionen hatten allerdings Mühe bei der Offerteinholung. Dies führte in einzelnen Fällen zu Verzögerungen von bis zu 6 Monaten. Die Zusammenarbeit zwischen der madagassischen Zentralbank und der Schweizerischen Nationalbank für die Eröffnung der Kreditbriefe und die Auszahlungen an die Exporteure funktionierte reibungslos.

4 Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft

Der schweizerische Beitrag war nicht an die Lieferung schweizerischer Güter gebunden. Dies ist ein Ausdruck unserer allgemeinen Politik

für Zahlungsbilanzhilfe¹⁾. Zudem hätte im Falle Madagaskars eine volle Bindung teilweise zu einer Finanzierung von Gütern geführt, die im jetzigen Zeitpunkt entwicklungspolitisch nicht prioritär sind. Die vereinbarte Güterliste stützte sich aber auch dort, wo es sich um Lieferungen handelte, die in einer Krisenzeit vordringlichen Charakter haben, nach Möglichkeit auf die bestehenden Handelsbeziehungen mit schweizerischen Firmen. So stammten etwa 2/3 der Lieferungen aus der Schweiz. Es handelte sich dabei vor allem um Ersatzteile und Farbstoffe für die lokale Textilindustrie, Insektizide und Impfstoffe für den Agrarsektor. Bei anderen Produkten, insbesondere bei Rohstoffen für die Fabrikation von Landwirtschaftsgeräten, zeigte sich, dass kein grosses Interesse bei schweizerischen Exporteuren bestand oder aber schweizerische Lieferofferten deutlich höher lagen als die der ausländischen Konkurrenz.

Allgemein stellte die schweizerische Delegation fest, dass die Zahlungsbilanzhilfe einen Abbruch der bestehenden Geschäftsbeziehungen, insbesondere mit dem schweizerischen Textilmaschinen Sektor verhinderte und im Falle der chemischen Industrie auch zu einer Belebung dieser Handelsbeziehungen durch Lieferungen von neuen Produkten und Nachfolgeaufträgen führte.

3. Kurzfristige wirtschaftliche Tendenzen und Stabilisierungsmassnahmen der Regierung

Madagaskar befindet sich zur Zeit in einer schweren Wirtschaftskrise, die zu einer starken Verschlechterung der Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten, ganz besonders in den Städten, geführt hat. Diese Notlage wurde nicht nur durch negative Tendenzen im Aussenhandel und der Investitionsfinanzierung sondern auch durch ein schlecht geplantes, übergrosses öffentliches Investitionsprogramm verursacht.²⁾

- 1) Aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz (internationale Konkurrenz) und des schweizerischen Eigeninteresses (die schweizerische Wirtschaft ist daran interessiert, dass der Freihandel möglichst wenig durch gebundene Finanzierungen eingeschränkt wird) steht die Schweiz in den internationalen Organisationen für das Prinzip der Ungebundenheit der Entwicklungshilfe ein.
- 2) Für die Beschreibung des Ausmasses der Wirtschaftskrise in Madagaskar und deren wesentliche Gründe verweisen wir auf den Antrag an den Bundesrat für die erste Zahlungsbilanzhilfe vom 15.12.1982 (Seiten 3 - 5).

3.1 Bilanz der wirtschaftlichen Tendenzen seit 1982

Im Jahre 1982 hat sich der Aussenhandel Madagaskars weniger positiv entwickelt als von der Regierung angenommen wurde und auch dem Währungsfonds als Annahme für seinen Beistandskredit im Juni 1982 diente. Verantwortlich dafür waren vor allem die geringeren als erwarteten Kaffeeexporte, deren tiefe Preise und auch die verspätet erfolgten Auszahlungen externer Zahlungsbilanzhilfen. Das Bruttosozialprodukt, Investitionen, die Sparquote und der Konsum pro Kopf waren weiterhin rückläufig. Der Rückgang des BIP traf hauptsächlich die importabhängigen Sektoren, weil nicht genügend Rohstoffe und Ersatzteile eingeführt werden konnten. Hingegen fand im Landwirtschaftssektor ein leichter Aufschwung statt.

Die schweizerische Delegation, die im Oktober 1983 in Madagaskar weilte, hatte den Eindruck, dass sich die Wirtschaftslage in den letzten Monaten verbessert hat. Die Versorgungslage hat sich stabilisiert und Grundnahrungsmittel, insbesondere Reis, sind heute in den Städten zu erschwinglichen Preisen erhältlich. Auch im Transportwesen gibt es Anzeichen zur Besserung. Insbesondere haben die privaten Transportdienstleistungen stark zugenommen. Es gibt verschiedene Anhaltspunkte für diese positive Entwicklung:

- Die grossen Anstrengungen für die Erhöhung der Exporte haben erste beschränkte Erfolge gezeitigt. Zum Beispiel haben neben den traditionellen landwirtschaftlichen Exporten die Ausfuhren von Crevetten und Textilprodukten stark zugenommen. Durch die verschiedenen Abwertungen, die Aufhebung von Exportsteuern und die Eröffnung von Devisenkonti, auf denen 35 % der Ausfuhrerlöse hinterlegt werden können und die dem Exportunternehmen für Importe zur Verfügung stehen, besteht nun ein starker Anreiz, insbesondere auch für industrielle Unternehmen, Exportmärkte zu finden.
- Es besteht etwas Spielraum bei den Importen und die Importverfahren sind effizienter geworden. Neben den erhöhten Exporten haben sicher die verschiedenen externen Zahlungsbilanzhilfen und auch neue Handelsfinanzierungen durch ausländische Banken zu dieser Verbesserung beigetragen.

- Die Reisproduktion hat gegenüber letztem Jahr eindeutig zugenommen. Statt Reimporte von über 300'000 t im Jahre 1982 sollen dieses Jahr etwa 190'000 t eingeführt werden.
- Allerdings gab es auch im Exportbereich Rückschläge. So haben sich die Preise für die traditionellen Exportprodukte, zum Beispiel für Kaffee, Vanille und Gewürznelken weniger als vorgesehen erholt. Ausserdem konnte die diesjährige Gewürznelkenernte, die einen Wert von 80 - 90 Mio. US \$ darstellt, nur zu einem kleinen Teil abgesetzt werden, weil der Hauptabnehmer seinen Kaufvertrag nicht einhielt.

3.2 Stabilisierungspolitik der Regierung

a) Bilanz des Stabilisierungsprogramms 1982

Madagaskar hat die mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten finanziellen Sanierungsziele für 1982 erfüllt. Das Defizit des Staatshaushaltes wurde auf 8,7 % des BIP vermindert, die vorgesteckten Kreditplafonds wurden erfüllt, die Reformen der Wechselkurspolitik und der Preispolitik wie vorgesehen durchgeführt. Lediglich das Ziel für die Rückzahlung der Schuldenrückstände konnte nicht erreicht werden. In Anbetracht der negativen Entwicklung im Aussenhandel, die hauptsächlich für den ungenügenden Abbau der Schuldenrückstände verantwortlich war, hat der Exekutivrat des Währungsfonds diese Bedingung für weitere Auszahlungen unter dem Beistandskredit gestrichen.

b) Stabilisierungsmassnahmen für das Jahr 1983

Die Präsidentschaftswahlen (Dezember 1982) und die im letzten Sommer stattgefundenen Legislativwahlen auf regionaler und nationaler Ebene haben, trotz einigen Warnzeichen (Stimmenverluste in der Hauptstadt Tananarive), das jetzige Regime gefestigt und die Weiterführung der Austeritätspolitik ermöglicht. Die Besetzung der Schlüsselministerien durch kompetente Fachleute wurde in zwei Regierungsumbildungen (Juni und Oktober 1983) bestätigt. Ausserdem wurde die Regierungsführung gestrafft, so zum Beispiel durch die Zusammenlegung des Finanz- und Wirtschaftsministerium und die Abtrennung von Viehzucht und Forst-

wesen vom Landwirtschaftsministerium. Die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen, des Devisenhaushaltes und der Kreditvergabe werden weiter verfolgt. Eine ausführliche Beschreibung der Stabilisierungsziele für 1983 befindet sich im Brief des Finanzministers an den Währungsfonds vom 1.2.1983 (Beilage 1). Das Programm kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Ein reales Wachstum des BIP von 1 % wird angestrebt;
- Die Importe sollen gegenüber 1982 um weitere 5 % zurückgehen. Eine weitere Abwertung von 6 % im Februar 1983 soll zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Weil die Reisismporte 1983 aber wesentlich kleiner sein werden als im vorherigen Jahr bedeutet dieses Ziel, dass alle anderen Importe leicht ansteigen können;
- Die Vergabe von Importlizenzen für Rohstoffe und wichtige landwirtschaftliche und industrielle Inputs wird erleichtert;
- Das Defizit des Staatshaushaltes wird weiter reduziert (Von 8,7 % des BIP im Jahre 1982 auf 6 % des BIP im Jahre 1983). Auf der Ausgabenseite soll vor allem eine Zunahme von nur 1,1 % des öffentlichen Personals (127'000 Angestellte) und das vollständige Einfrieren der Lohnindexierung dazu beitragen. Eine Reihe von Erhöhungen bei direkten und indirekten Steuern sowie das Vorziehen von Steuerzahlungen sollen andererseits die Staatseinnahmen erhöhen;
- Schliesslich sind weitere Erhöhungen bei den Produzentenpreisen für Reis und andere Landwirtschaftsprodukte sowie eine weitere Liberalisierung des Preissystemes vorgesehen.

3.3 Ausmass der Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz

Trotz einer fühlbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Jahre 1983, die zum Teil auf die strikte Befolgung des finanziellen Stabilisierungsprogrammes durch die madagassische Regierung zurückzuführen ist, hat sich die Verschuldungssituation Madagaskars nicht gebessert, sondern eher verschlimmert. Dies ist die Konsequenz der Ende der 70er Jahre geführten Investitionspolitik aber auch der ungünstigen Entwicklung der Weltwirtschaft. Der IWF hat ausgerechnet, dass ohne eine Konsolidie-

rung der Schulden im Jahre 1983 und in den folgenden Jahren (Pariser Club, andere Gläubiger, Londoner Club der Banken) der Schuldendienst als Anteil der Exporte im Jahre 1983 auf 77 % zu stehen käme und für die nächsten Jahre auf etwa 75 %. Selbst wenn diese Schulden zu relativ grosszügigen Bedingungen konsolidiert werden können, wird die Schuldendienststrategie immer noch auf etwa 50 % verharren. Um diese paralyisierende Schuldenstruktur mittelfristig verbessern zu können, ohne jede Möglichkeit einer wirtschaftlichen Rehabilitierung zu verhindern, bedarf Madagaskar nicht nur möglichst langfristiger Konsolidierungen sondern auch öffentlicher Zahlungsbilanzhilfen und langfristiger Projektfinanzierungen. Nur so kann die Verfügbarkeit von Devisen auf einen Stand gehoben werden, der die notwendigen Importe für eine bessere Ausnützung der Produktionskapazität und die Ausführung der unten beschriebenen Strukturreformen ermöglicht.

4. Mittelfristige strukturelle Anpassungsmassnahmen

4.1 Investitionsprogramm

Im Frühjahr 1983 hat die Regierung ein Investitionsprogramm für die nächsten drei Jahre veröffentlicht, das den beschränkten finanziellen Rahmen für staatliche Tätigkeiten und die engen Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt auf der Rehabilitierung der bestehenden Produktionskapazitäten, dem Unterhalt und der Fertigstellung von Projekten, die gegenwärtig ausgeführt werden. Nur wenige Neuinvestitionen sind vorgeschlagen. Ein interministerieller Ausschuss wurde geschaffen, der die Entscheide über die Investitionsprioritäten fällt. Verbunden damit hat die Regierung verschiedene einschneidende Änderungen in der Organisation und den Rahmenbedingungen in den Hauptsektoren Landwirtschaft, Transport und Industrie beschlossen. In allen drei Sektoren besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit.

4.2 Transport

Stossrichtungen der Sektorpolitik sind die Liberalisierung und Privatisierung des Transportwesens, eine kostendeckende Transporttarifpolitik und die Verbesserung von Planung und Koordination. Die Weltbank und eine Reihe anderer Entwicklungsorganisationen unterstützen diese Politik mit der Finanzierung eines Sektorprogrammes.

4.3 Industrie

Im Industriesektor steht ebenfalls die Preispolitik im Vordergrund. In Zukunft sollen nur noch für wenige strategische Produkte Preise offiziell festgelegt werden. Ein neuer Investitionskodex ist in Vorbereitung und industrielle Exporte werden durch finanzielle Anreize gefördert. Eine Ueberprüfung der wirtschaftlichen Rentabilität der industriellen Betriebe ist im Gange, um Prioritäten setzen zu können für die Finanzierung von Rohmaterialien, Ersatzteilen und beschränkten Neuinvestitionen. Die Rehabilitierung der bestehenden Industriebetriebe steht im Vordergrund. In erster Linie sollen diejenigen Unternehmen berücksichtigt werden, die wesentliche Konsumgüter für die ländliche Bevölkerung herstellen und/oder Devisen sparen oder erwirtschaften. Dazu kommen die Produzenten von Halbfabrikaten für die beiden obigen Unternehmenskategorien.

4.4 Landwirtschaft

In der Landwirtschaftspolitik wird deutlich, dass die Regierung die entscheidende Rolle der Kleinbauern für die Zukunft des Landes anerkennt. Produzentenpreise für die wesentlichen Nahrungsmittel und landwirtschaftlichen Exportprodukte sollen alle sechs Monate, abgestützt auf gründliche Kostenvergleiche, angepasst werden. Die Vermarktung des Reises ist seit einem Jahr frei; statt eines fixen Produzentenpreises soll in Zukunft ein Preisband bestimmt werden. Auch wurde die Aufgabenteilung zwischen Landwirtschaftsministerium und den parastaatlichen Unternehmen transparenter gestaltet. Alle laufenden Projekte werden einer ausführlichen Prüfung unterzogen, um das Investitionsprogramm straffen zu können.

5. Unterstützung durch die Staatengemeinschaft

5.1 Konsultativgruppe

Im April 1983 fand die erste Tagung der neu gegründeten Konsultativgruppe für Madagaskar unter der Leitung der Weltbank statt. Die grossen wirtschaftspolitischen Anstrengungen der madagassischen Regierung und insbesondere die Ausarbeitung von ausführlichen und kohärenten Rehabilitierungsmassnahmen in den wesentlichen Sektoren, wurden von den meisten Delegationen positiv bewertet. Neben Versprechungen für neue Projekthilfe machten die Teilnehmer auch Zusagen für projektungebundene Soforthilfe für das Jahr 1983, um die mit dem Währungsfonds vereinbarten Stabilisierungsmassnahmen zu erleichtern. Die geschätzten Minimalbedürfnisse an Soforthilfe von etwa 50 Mio. Dollar konnten durch Kredite und Beiträge Frankreichs (minimal \$ 20 Mio.), Japans (\$ 10 Mio.), der Vereinigten Staaten (\$ 10 Mio.), der EG (\$ 5 Mio.), der IDA (\$ 5 Mio.), Italiens (\$ 6 Mio.), Deutschlands (\$ 2 Mio.) und der Schweiz (\$ 5 Mio.) gedeckt werden.

5.2 Beistandskredit des IWF

Ein neuer Beistandskredit des Währungsfonds wurde im September 1983 ausgearbeitet. Er soll die Zeitspanne von Oktober 1983 bis Dezember 1984 abdecken. Der IWF-Exekutivrat wird voraussichtlich im Dezember 1983 über die Gewährung dieses Kredites entscheiden.

5.3 Schuldenkonsolidierungen

Im Anschluss an die Gewährung des IWF-Kredites soll der Pariser Club zum dritten Mal für Konsolidierungsverhandlungen im Januar 1984 zusammentreten. In Anbetracht der kritischen Devisensituation (vgl. Ziffer 3.3 oben) und der Tatsache, dass die ersten Rückzahlungen unter den vorherigen Konsolidierungen schon bald fällig werden, wird erwartet, dass Madagaskar äusserst günstige Rückzahlungsbedingungen, vergleichbar mit denjenigen, die dem Sudan letztes Jahr gewährt wurden, fordern wird. Die Verhandlungen über die Erstreckung der Bankenschulden (Londoner Club, Gesamtschuld gegenüber Banken \$ 195 Mio.) wurden im Herbst 1983 abgeschlossen.

Die Rückzahlungen auf Bankenkrediten sollen auf 8 - 10 Jahre ausgedehnt werden, der Zins wird weiterhin bezahlt. Dieses Abkommen muss jetzt von den verschiedenen Gläubigerbanken ratifiziert werden.

5.4 Ausserordentliche Zahlungsbilanzhilfe

Die nächste reguläre Sitzung der Konsultativgruppe wird erst im Frühjahr 1984 stattfinden. Weil auch im nächsten Jahr ein grosser ungedeckter Bedarf an laufenden Importen besteht, soll im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Pariser Clubs eine ausserordentliche Sitzung für die Bereitstellung von Soforthilfe im Januar 1984 einberufen werden.

5.5 Unterstützung der Strukturanpassungsmassnahmen

Die Weltbank arbeitet eng mit den madagassischen Behörden in der Ausarbeitung des Investitionsprogrammes, der Projektauswahl und wirtschaftlicher Massnahmen im Transportwesen, dem Industriesektor und der Landwirtschaft zusammen. Ein erster IDA-Kredit für die Rehabilitierung des Transportsektors wurde Mitte 1983 vereinbart; er wird von einer Reihe anderer Entwicklungsorganisationen unterstützt. Ein IDA-Stützungsprogramm zugunsten des Industriesektors ist für Frühjahr 1984 vorgesehen und soll im Herbst 1984 durch einen Kredit für die Landwirtschaft ergänzt werden.

6. Die zweite schweizerische Zahlungsbilanzhilfe

6.1 Merkmale

Eine Delegation des BAWI und der DEH verhandelte ein zweites Abkommen im Oktober 1983 (definitiver Abkommenstext in Beilage 2). Mit diesem Antrag ersuchen wir den Bundesrat, das Abkommen zu genehmigen und den schweizerischen Vertreter in Madagaskar zur Unterzeichnung zu ermächtigen. Das Abkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

Der Beitrag, der nicht rückzahlbar ist, beläuft sich auf 10 Mio. SFr. Er soll, wie schon die erste Hilfe, Rohmaterialien, Ersatzteile, Halbfabrikate, Werkzeuge und Arbeitsgeräte finanzieren, um die landwirtschaftliche und industrielle Produktion Mada-

gaskars trotz mangelnder Devisen zu steigern. Die einzelnen Gesuche für die Benützung der Hilfe sollen bis Mitte 1984 unterbreitet werden.

Die Verwendung des Kredites sowohl nach Empfänger wie auch nach Art der Güter ist im Abkommen festgelegt (vgl. Anhang 1 des Abkommens). Die Verwendung von 2/3 des Betrages wurden definitiv bestimmt; für die Verwendung des restlichen Drittels wurde eine Anzahl möglicher Lieferungen festgelegt, deren Einschluss in das Importprogramm von der Ausführung von im Abkommen festgelegten, vorgängigen Schritten abhängt (Ausarbeitung von ausführlichen Importprogrammen für die betroffenen Unternehmen, etc.). Es ergibt sich folgende Verteilung auf die verschiedenen Zweige der madagassischen Wirtschaft:

Textilindustrie	35 %
Landwirtschaft (Reis) und Viehzucht	31 %
Verarbeitung lokaler Rohstoffe (Holz, Papier, Mühle, Milchprodukte, Handwerk)	11 %
Geräte und Verpackungsmaterial für die Landwirtschaft	11 %
Wesentliche Konsumgüter (Batterien, Kugelschreiber, Glühbirnen, etc.)	8 %
Erdölraffinerie	4 %

Gegenüber der ersten Zahlungsbilanzhilfe sind die Schwerpunkte gleich gesetzt (Textilindustrie, Landwirtschaft und mit dem Primärsektor verbundene Industrie). Neu ist der Einschluss der Verpackungsindustrie und der Produktion von Batterien (hauptsächlich für Transistorradios).

Die Verfahren für die Auswahl der Güter, die Zustimmung zu den einzelnen Lieferungen sowie die Auszahlungen wurden gleich wie im ersten Abkommen geregelt. Auch die Bestimmungen über die Verwendung der Zahlungen in lokaler Währung für die Importe durch die madagassischen Importeure erfahren keine Aenderung.

6.2 Gründe für die Hilfe

Wir betrachten die Voraussetzungen für eine Weiterführung der Soforthilfe an Madagaskar als gegeben:

- Die Erwartungen, die wir an die Vergabe der ersten Zahlungsbilanzhilfe stellten, konnten im wesentlichen erfüllt werden (vgl. Ziffer 2 oben);
- Madagaskar ist weiterhin auf Importhilfe zu Vorzugsbedingungen angewiesen (vgl. Ziffer 3.3 oben). Die Regierung hat ihr Stabilisierungsprogramm konsequent weitergeführt und hat wesentliche Schritte zur Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die neuen weltwirtschaftlichen Gegebenheiten unternommen (vgl. Ziffer 3 und 4 oben). Die Staatengemeinschaft unterstützt in zunehmendem Masse diese Bestrebungen (vgl. Ziffer 5 oben).
- Die vorgeschlagene Zahlungsbilanzhilfe ergänzt die bestehende, auf Projekte ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz mit Madagaskar. Sie ist ein wichtiges Mittel, um den Aufbau einer langfristigen zwischenstaatlichen Partnerschaft zu ermöglichen.
- Die erste Soforthilfe hat die Weiterführung der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Madagaskar in den Sektoren ermöglicht, die in der jetzigen Wirtschaftskrise vordringlich sind. Die Auswahl der Lieferungen unter der vorgeschlagenen zweiten Hilfe trägt dieser wirtschaftlichen Beziehung wiederum Rechnung. Wir erwarten, dass etwa 75 % der finanzierten Güter (vor allem Ersatzteile und Farbstoffe für die Textilindustrie und chemische Produkte für den Pflanzenschutz) in der Schweiz eingekauft werden.

7. Rahmenkredit

Die 10 Mio. Franken, die für die Hilfe an Madagaskar vorgesehen sind, werden dem Zusatzkredit von 100 Mio. Franken für die Finanzierung von Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft (BB1 83.003) belastet, da der grösste Teil dieser Hilfe für Lieferungen aus der Schweiz benützt werden wird. Mit diesem Zusatzkredit wird der Rahmenkredit für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB1 1983 I 713) aufgestockt. Die vorgesehene schnelle Auszahlung dieses Beitrages sollte eine unverzügliche Wir-

kung auf unsere Exporte nach Madagaskar bewirken. Die notwendigen Mittel werden im Rahmen des zweiten Nachtrages zum Voranschlag 1983 beantragt (Rubrik 703.493.90/8 "Finanzhilfe, Schenkungen/Förderung der Beschäftigung")

8. Rechtliche Grundlage

Gemäss Artikel 15, Abschnitt 1 der Verordnung vom 12. Dezember 1977 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe werden Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit von 5 und mehr Millionen Franken vom Bundesrat entschieden. Artikel 10 des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976 bestimmt ferner, dass der Abschluss von internationalen Verträgen für Massnahmen der Finanzhilfe in die Kompetenz des Bundesrates fällt.

9. Vorgängige Konsultation

Diréktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe,
EDA: einverstanden
Finanzverwaltung, EFD: einverstanden

10. Antrag

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen

b e a n t r a g e n

wir Ihnen:

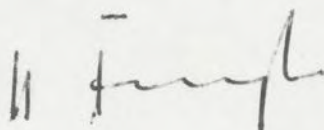
- Die Erteilung einer zweiten Zahlungsbilanzhilfe von 10 Millionen Schweizerfranken an Madagaskar in Form eines nicht rückzahlbaren Beitrages, der dem Zusatzkredit für die Finanzierung der Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft (Aufstockung des Rahmenkredites für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit) zu belasten ist, wird genehmigt;
- Der Geschäftsträger der Schweiz in Madagaskar wird ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen;

- Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.

February 1, 1951

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Mr. J. de Larosière
Managing Director
International Monetary Fund
Washington, D.C. 20540



Dear Mr. de Larosière:

1. Under the terms of the current standby arrangement, approved by the Executive Board on July 7, 1950, the Government is to follow, in addition, developments in the economy and such other conditions which may affect the exchange rate and interest rate policies, including the level, the stability of interest payments, and transfers of resources for the remaining period of the agreement of 20%. The Government has reviewed these developments with the Fund staff and will continue to follow the policies described below.

2. In 1950, the Government has implemented most of the elements of the financial program in support of which the Fund approved the standby arrangement. These include an exchange rate adjustment, wage restraint, a reduction in the fiscal deficit, increase in product prices for rice and other agricultural commodities, elimination of the sugar export subsidy, restriction on other administered prices, and an increase in the level of interest rates. In particular, the overall

Zum Mitbericht an:

Eidg. Departement für Auswärtige Angelegenheiten

Eidg. Finanzdepartement

Protokollauszug:

Bundeskanzlei, zum Vollzug

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (Generalsekretariat (5),
Bundesamt für Aussenwirtschaft (15))

Eidg. Departement für Auswärtige Angelegenheiten (10)

Eidg. Finanzdepartement (3)

February 1, 1983

Mr. J. de Larosière
Managing Director
International Monetary Fund
Washington, D.C. 20431

Dear Mr. de Larosière:

1. Under the terms of the current stand-by arrangement, approved by the Executive Board on July 9, 1982, the Government is to review, in mid-term, developments in the economy and reach understandings with the Fund on its exchange rate and interest rate policies, ceilings for credit, the reduction of external payments arrears, and transfers of dividends for the remaining period of the arrangement in 1983. The Government has reviewed these developments with the Fund staff and proposes to follow the policies described below:

2. In 1982, the Government has implemented most of the elements of the financial program in support of which the Fund approved the stand-by arrangement. These include an exchange rate adjustment, wage restraint, a reduction in the fiscal deficit, increase in producer prices for rice and other agricultural commodities, elimination of consumer subsidies on rice, flexibility in other administered prices, and an increase in the level of interest rates. In particular, the overall Treasury deficit was brought down from over 14 per cent of GDP in 1981 to less than 9 per cent in 1982. Credit expansion was also kept within the program's limit. As a result, and notwithstanding a further decline in coffee receipts due to poor world market conditions, the external current account deficit for 1982 was lower than that foreseen in the program. However, there was a substantial shortfall in capital inflows which, together with the unanticipated decline in export receipts, forced a reduction in the level of investment in the economy as well as in the total value of imports. Furthermore, the Government was unable to meet the performance criterion relating to the cumulative net cash reduction in external payments arrears for end-December 1982. Taking into account the exogenous causes of the nonfulfillment of this performance criterion and the policies envisaged for 1983, we would like to request that the Fund grant a waiver of this criterion. The other performance criteria, including that relating to the transfer of dividends, have been met.

3. For 1983, the principal objectives of the program are to reverse the declining trend in the rate of growth in real GDP, and to limit the deficit in the current account of the balance of payments to SDR 264 million (9.0 per cent of GDP) and the overall balance of payments deficit to some SDR 216 million. The Government expects to cover

the programmed deficit from various sources, including the Fund, debt rescheduling, and nonproject-related aid to be mobilized in the course of the forthcoming Consultative Group and aid donors' meeting envisaged for March 1983. Progress made in filling this gap will be reviewed with the Fund before end-April 1983.

4. To achieve the above objectives, the Government will continue to implement the adjustment policies as outlined in the letter of intent and the policy memorandum of last June. An investment program, involving a reorientation of the investment strategy and covering the period 1983-85, is now in the final stages of preparation and is being discussed with the World Bank, in support of the Government's request for a Structural Adjustment Loan. Progress will be made toward liberalizing pricing and in implementing a policy of "vérité des prix." To this end, the number of goods and services subject to price control will be reduced. Moreover concrete steps designed to ensure quick adjustment in prices of goods and services subject to controls will be announced soon. In particular, the present practice requiring government decrees for some price adjustments will be abolished. In line with the increased emphasis on agricultural production, the Government will ensure that further producer price increases are introduced at the beginning of the 1983/84 crop year. It has already decided on an increase in the producer price of paddy; the increase will be announced before end-February. The Government will ensure that there would be no recurrence of consumer subsidies on domestically produced rice.

5. The overall fiscal deficit for 1983 will be reduced further to the equivalent of 6 per cent of estimated GDP, compared with the originally stated program target of 7 per cent for the year and an estimated outturn of 8.7 per cent in 1982. This reduction will be achieved partly through a complete freeze on cost-of-living wage increases in the government sector, with a ceiling of FMG 84 billion on outlays for wages and salaries in parallel with an additional ceiling of 127,500 on the total number of government employees. On the revenue side, new discretionary tax measures, including a widening of the base of the value-added tax and increasing the rates of excise taxes, have been introduced. Furthermore, the specific taxes and existing duties on petroleum products will be replaced by an ad valorem import duty to yield a minimum FMG 9 billion in 1983. This change will ensure prompt payment of the proceeds of the tax and future increases in revenues. A new system of monitoring expenditure commitments became effective on January 1, and an inventory of all domestic arrears will be completed before end-March 1983; a timetable for the liquidation of those arrears will be discussed with the Fund staff mission envisaged to visit Antananarivo in April 1983. In contrast to a decline in realized investment outlays in 1982, a modest increase has been budgeted in total capital expenditure in 1983.

6. The Government will continue to follow a restrictive credit policy, and the total outstanding domestic credit of the banking system, defined as total domestic credit of the Central Bank and national banks,

including on-lending of any foreign loans contracted by the banking system which amounted to FMG 431.9 billion at the end of September 1982, will not increase by more than FMG 20.4 billion at end-March 1983, and by FMG 40.0 billion at end-June 1983 over the end-December 1982 level estimated at FMG 458.0 billion. Of the total, net credit to the Government from the banking system, including on-lending of any foreign loans contracted by the banking system, which stood at FMG 247.7 billion at the end of September 1982, will not increase by more than FMG 10.3 billion at the end of March 1983, and by FMG 20.0 billion at the end of June 1983 over the end-December 1982 level estimated at FMG 257.2 billion. As in the past, the Central Bank will continue to debit the Treasury and the national banks at the original maturity date of any debts that have been rescheduled. The structure of interest rates, which was raised substantially in June 1982, is being further revised, with the average of deposit rates, which will be minimum and obligatory, raised on average by 2.5 percentage points and that of lending rates by 1 percentage point. The mobilization of domestic resources through the special national government loan (Emprunt national) will be continued.

7. The Malagasy franc is currently pegged to a trade-weighted currency basket against which it was devalued by 15 per cent in May 1982. A further devaluation of 6 per cent has been effected on February 1, 1983. The Government intends to keep the exchange rate under constant review.

8. Despite the tight balance of payments situation, the Government has decided to ease the discretionary aspects of the import licensing system. As an initial step in this direction, certain importers of specified parts, raw materials, and other inputs essential for agricultural and industrial production will automatically get import licenses up to a minimum aggregate quota of FMG 10 billion each quarter. The Government will soon communicate to the Fund staff the list of economic activities and imports benefitting from this facility.

9. During the program period, the Government will reduce the external payments arrears through net cash reductions, defined as cash repayment less new accumulation, i.e., the consolidation and rescheduling of arrears are excluded. The amount of the external payments arrears will be reduced through net cash payments by SDR 9 million during the period January-March 1983, and by an additional SDR 6 million during the period March-June 1983. Furthermore, arrears with regard to dividend transfers will be reduced by FMG 200 million before March 31, 1983 and by a further FMG 200 million between April 1 and June 30. All reductions in arrears will be carried out in an orderly and nondiscriminatory manner.

10. No new debt with maturities of between one and ten years will be contracted or guaranteed by the Government, the Central Bank, or the national banks during the program period, except for loans to refinance existing debt or for subsidiary contracts governing utilization of an existing loan of an original amount of FF 167.6 million.

11. The Government reconfirms intentions in other areas of economic policy as described in the June memorandum on the economic and financial recovery program.

Very truly yours,

Pascal Rakotomavo
 Minister at the Presidency
 in Charge of Finance

The Government will continue to follow a restrictive credit policy, and the total outstanding domestic credit of the bank system, defined as credit advanced against the central bank and national banks,

Projet définitif

arrêté le 25.10.83

Le Gouvernement de la République démocratique de Madagascar et le Conseil fédéral suisse, au regard des relations amicales existant entre les deux pays et soucieux de les renforcer, dans l'intention de promouvoir le développement économique de la République démocratique de Madagascar, sont convenus de ce qui suit:

A C C O R D

ENTRE

LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE DEMOCRATIQUE DE MADAGASCAR

ET

LE GOUVERNEMENT DE LA CONFEDERATION SUISSE

CONCERNANT

UN DEUXIEME PROGRAMME D'AIDE A LA BALANCE DES PAIEMENTS

- 1 -

Le Gouvernement de la République démocratique de Madagascar et le Conseil fédéral suisse, eu égard aux relations amicales existant entre les deux pays et soucieux de les renforcer, dans l'intention de promouvoir le développement économique de la République démocratique de Madagascar, sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Définitions

Dans le présent accord, à moins que le contexte ne l'exige différemment, les termes ci-après ont les significations suivantes:

- a) "Gouvernement suisse" et "Conseil fédéral suisse" désignent le Gouvernement de la Confédération suisse;
- b) "Gouvernement de Madagascar" désigne le Gouvernement de la République démocratique de Madagascar;
- c) "DGP" désigne la Direction générale du Plan de la République démocratique de Madagascar;
- d) "BCM" désigne la Banque Centrale de Madagascar;
- e) "Contribution" désigne la contribution accordée par le Gouvernement suisse au titre du présent accord;
- f) "Programme" désigne le programme d'aide à la balance des paiements qui est financé par la contribution accordée par le Gouvernement suisse au titre du présent accord;
- g) "Compte de la contribution" désigne le compte ouvert par le Gouvernement suisse pour le programme;
- h) "Parties contractantes" désigne le Gouvernement suisse et le Gouvernement de la République démocratique de Madagascar;

- i) "OFAEE" désigne l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du Département fédéral de l'économie publique.

Article 2

Objectif du programme, montant et utilisation de la contribution

- 2.1 Les objectifs principaux du programme sont : (i) de contribuer au redressement économique et au développement socio-économique malgache, en appuyant les mesures prises par le Gouvernement de Madagascar ; (ii) d'assister au financement des importations essentielles afin d'aider le Gouvernement de Madagascar à mieux utiliser les capacités de production existantes dans des secteurs fortement prioritaires.
- 2.2 Le Gouvernement suisse consent à accorder au Gouvernement de Madagascar une contribution non-remboursable de 10 millions de francs suisses.
- 2.3 Le présent programme peut comprendre des matières premières et produits intermédiaires agricoles et industriels, des petits équipements pour l'artisanat et les industries de taille modeste, ainsi que des produits finis et des matières premières destinés à assurer des services sociaux fondamentaux. La contribution est réservée exclusivement à des importations à usage civil.

L'annexe 1.1 du présent accord comprend les destinataires, catégories et montants définitifs de biens imputés. En complément à cette liste, l'annexe 1.2 comprend d'autres imputations possibles.

- 2.4 La contribution sera utilisée pour financer le coût en devises, y compris le transport des biens importés. Les fonds provenant de la contribution ne pourront en aucun cas être affectés au paiement de droits à l'importation, de prélèvements et taxes de tout genre en vigueur dans la République démocratique de Madagascar.
- 2.5 Tous les biens qui seront financés par la contribution seront achetés conformément aux dispositions figurant dans l'annexe 2 chiffre 4 du présent accord.
- 2.6 La date de clôture pour les demandes d'engagement au titre du présent accord sera le 30 juin 1984, ou telle autre date dont décideront les Parties contractantes.

Article 3

Exécution du programme

- 3.1 Le Gouvernement de Madagascar prendra ou fera prendre toutes les mesures y compris la mise à disposition de fonds, d'infrastructures et de services, ainsi que toute autre mesure, nécessaires ou appropriées pour l'exécution du programme.
- 3.2 a) Le Gouvernement de Madagascar tiendra ou fera tenir des dossiers visant à identifier les biens financés par la contribution, à fixer l'utilisation et les bénéficiaires de cette dernière, et à connaître les progrès réalisés dans l'exécution du programme.
- b) Le Gouvernement de Madagascar (i) tiendra un compte séparé pour le programme, et (ii) veillera à ce que ce compte soit contrôlé et attesté par la BCM.

- 3.3 Le Gouvernement de Madagascar fournira toutes les informations que le Gouvernement suisse est raisonnablement en droit d'exiger concernant le programme et le résultat obtenu par ce programme et par les biens financés par la contribution.
- 3.4 Les Parties contractantes procéderont à des échanges de vues réguliers relatifs au déroulement du programme et à l'accomplissement de leurs obligations respectives au titre du présent accord, ainsi qu'à la situation économique générale et aux perspectives de développement du pays.
- 3.5 Une fois le programme complété, mais au plus tard 6 mois après la date de clôture ou telle date postérieure décidée d'un commun accord entre les Parties contractantes, le Gouvernement de Madagascar fournira un rapport au Gouvernement suisse, aussi complet et détaillé que le Gouvernement suisse est raisonnablement en droit d'exiger, relatif à l'exécution du programme, aux bénéficiaires de celui-ci et aux conséquences de celui-ci sur le redressement économique et sur le développement socio-économique, y inclus un état financier certifié concernant l'utilisation des fonds provenant de la contribution.

Article 4

Utilisation de la contribution - procédures de déboursement

- 4.1 A la mise en vigueur du présent accord, le Gouvernement suisse ouvrira un compte intitulé: "Madagascar - deuxième aide à la balance des paiements".

- 4.2 Le Gouvernement suisse déposera la contribution dans ce compte aussitôt après la mise en vigueur du présent accord.
- 4.3 Les demandes concernant l'utilisation des fonds provenant de la contribution devront être soumises par la BCM avec toute la documentation nécessaire, conformément à l'annexe 2 du présent accord, à l'approbation de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures par l'intermédiaire de l'Ambassade de Suisse à Antananarivo.
- 4.4 Les déboursements provenant du compte de la contribution aux fournisseurs seront effectués par l'intermédiaire de la Banque Nationale Suisse à Zurich conformément à l'annexe 2, chiffres 3 et 4 sur la base de lettres de crédit qui seront ouvertes par la BCM conformément à la pratique internationale bancaire en usage, et avec la documentation nécessaire à l'appui.
- 4.5 Aucun retrait du compte de la contribution ne sera effectué pour être affecté à des commandes dont l'échéance de paiement est antérieure à la date effective de l'accord.

Article 5

Fonds de contrepartie

Le Gouvernement de Madagascar versera dans un compte spécial les fonds en monnaie locale qui s'accumulent au fur et à mesure de l'utilisation de la contribution. Les modalités d'encaissement, d'utilisation et de contrôle de ce Fonds de contrepartie sont décrites dans l'annexe 3 du présent accord.

Article 6

Annulation - suspension - terminaison

6.1 Le Gouvernement de Madagascar peut, par note écrite au Gouvernement suisse, annuler tout montant de la contribution qu'il n'aura pas utilisé.

6.2 Au cas où le Gouvernement de Madagascar manque à une obligation stipulée par le présent accord, le Gouvernement suisse peut suspendre, entièrement ou partiellement, le droit du Gouvernement de Madagascar de faire des décaissements sur le compte de la contribution et/ou annuler le solde de la contribution.

Article 7

Règlement des différends

7.1 Tout différend quant à l'interprétation ou à l'exécution des dispositions du présent accord qui n'a pas été réglé d'une manière satisfaisante par la voie diplomatique dans un délai de trois mois, est soumis, à la demande de l'une ou l'autre Partie contractante, à un tribunal arbitral composé de trois membres. Chaque Partie contractante désigne un arbitre. Les deux arbitres désignés nomment comme président un troisième arbitre qui doit être ressortissant d'un Etat tiers.

7.2 Si l'une des Parties contractantes n'a pas désigné son arbitre et n'a pas donné suite à l'invitation adressée par l'autre Partie contractante à procéder à cette désignation dans un délai d'un mois, l'arbitre est nommé, à la requête de cette dernière partie, par le Président de la Cour Internationale de Justice.

7.3 Si les deux arbitres ne peuvent se mettre d'accord, dans les deux mois suivant leur désignation, sur le choix d'un troisième

- 7 -

arbitre (président), celui-ci est nommé, à la requête de l'une ou de l'autre Partie contractante, par le Président de la Cour Internationale de Justice.

7.4 Si dans les cas prévus aux dispositions 7.2 et 7.3 du présent accord le Président de la Cour Internationale de Justice est empêché ou s'il est ressortissant de l'une des Parties contractantes, les nominations sont faites par le Vice-président de ladite Cour. Si celui-ci est empêché ou s'il est ressortissant de l'une des Parties contractantes, les nominations sont faites par le membre le plus ancien de la Cour qui n'est ressortissant d'aucune des Parties contractantes.

7.5 A moins que les Parties contractantes n'en disposent autrement, le tribunal fixe lui-même sa procédure.

Article 8

Autorités chargées de l'application du présent accord et de l'exécution du programme

Les autorités responsables de l'application de l'accord et de l'exécution du programme sont les suivantes:

- a) Pour Madagascar: Banque Centrale de Madagascar
B.P. 550
Antananarivo
Telex 22 317 BCRM MG
- b) Pour la Suisse: Office fédéral des affaires
économiques extérieures
Département de l'Economie Publique
3003 Berne
Telex EDA-CH 33 151

Article 9

Annexes

Des annexes 1, 2 et 3 sont jointes au présent accord et font partie intégrante de celui-ci.

Article 10

Avenants au présent accord

Des avenants éventuels au présent accord seront effectués par échange de lettres entre les Parties contractantes.

Article 11

Mise en vigueur et date de clôture

- 11.1 Le présent accord entrera en vigueur à la date de sa signature.
- 11.2 La date de clôture du présent accord sera le 31.12.1984 ou telle date ultérieure décidée par les Parties contractantes, étant précisé que les engagements relatifs à l'utilisation du Fonds de contrepartie persistent jusqu'à l'apurement du compte spécial ouvert à cet effet.

Fait à Antananarivo le 1983, en deux versions originales en français.

Pour le Gouvernement
de la Confédération suisse

Pour le Gouvernement
de la République démocratique
de Madagascar

Annexe 1

1.1 La contribution sera destinée à financer ce qui suit :

<u>Destinataire</u>	<u>Catégories de biens</u>	<u>Montant maxi- mum en fr.suisse</u>
a. Industrie textile (SOTEMA, COTONA, SOMACOU, SUMATEX, FANAVOTANA, TISMA, SATI)	Pièces de rechange, colo- rants et autres produits chimiques d'origine suisse	3'500'000.-
b. M P A R A	Pesticides pour lutte contre le borer au Lac-Alaotra	2'350'000.- (estimation)
c. SOLIMA	Pièces de rechange et produits pour la maintenance et la sécurité de la raffinerie et pour la distribution	400'000.-
d. Anjara	Pièces de rechange, matières consommables et matières premières pour ampoules	350'000.-
T O T A L		<u>6'600'000.-</u> =====

1.2 La liste suivante de biens et de destinataires a été retenue pour le reliquat. Les importations mentionnées ci-dessous requièrent un accord préliminaire des Parties contractantes avant que les procédures de passation des marchés, d'approbation et de déboursement en vertu de l'annexe 2 puissent être entreprises. Cet accord est sujet à l'accomplissement des actions préliminaires mentionnées ci-dessous ainsi qu'à la décision concernant la fixation des montants définis jusqu'à épuisement de la contribution.

<u>Destinataires</u>	<u>Catégories</u>	<u>Actions préli- minaires</u>	<u>Montant estimatif en 000' fr.s</u>
a) SIDEMA	Matières premières pour fabrication de matériel agri- cole	- programme de pro- duction et de distribution 1984/85 pour livraisons ABP I - mise en place mesures adoptées par MPARA et MIEM - définition besoins et liste d'importations	300-500

.../...

b) SOLIMA	Pièces de rechange pour raffinerie : <ul style="list-style-type: none"> . coussinets de réducteur . cellule Beckmann . PDR pour compresseur . Pr aérofrigorant 	- rapport de diagnostic sur raffinerie Tamatave - financement assuré pour remise en état raffinerie	40
c) MPAEF, Eaux et Forêts	Pièces de rechange et consommables <i>Centre de Recherche et d'Essais</i>	- contrat avec maison de distribution - rapport par destinataire sur utilisation ABP I - définition besoins et liste d'importations	350-500
d) C E N A M	Matières premières et consommables pour travaux bois, métaux, cuir, textile, savonnerie, céramique, lapiderie et corne.	- rapport par destinataire sur utilisation ABP I - définition besoins et liste d'importations	250-500
e) Techni-Labo	Pièces de rechange pour équipement de précision	- cf CENAM -	40-50
f) Comptoir franco-suisse	Pièces de rechange pour montres	- cf CENAM -	25
g) S A I P	Mines pour stylos et crayons	- cf CENAM -	150-200
h) MALGAPAN	Pièces de rechange et colle	- cf CENAM -	50-100
i) MPAEF, BCL	Produits chimiques, matériel pour fromage et yaourts	- cf CENAM -	30
j) MPAEF, Pharmacie Vétérinaire	Fasciolicide (bovins) vermifuge (veaux)	- cf CENAM -	300-750
k) KOBAMA	Pièces rechange pour maintenances et minoterie	- analyse entreprise - définition besoins et liste d'importations	80-200
l) WONDER	Produits chimiques pour production de piles électriques	- cf KOBAMA -	300-500

Annexe 1 (suite 2)

m) PAPMAD	Produits chimiques pour fabrication de papier	- cf KOBAMA -	190-250
n) ^{entreprise de court. b. r. r. r.} ENDUMA ^{à de l'homme}	Matière première pour fabrication de gros sacs tissés d'emballages	- cf KOBAMA	275-450

T O T A L

8'900-10'495

Procédures de passation des marchés,
d'approbation et de déboursement

Conformément aux dispositions 2.5, 4.3 et 4.4 du présent accord les procédures suivantes sont arrêtées :

1. a) Les sources d'acquisition pour les biens financés par les fonds provenant de la contribution ne sont limitées à aucun pays en particulier à l'exception des importations pour le secteur textile mentionné à l'annexe 1.1 lettre a dont l'origine suisse est requise.
 - b) En règle générale, les biens qui sont financés par la contribution et importés dans le cadre du programme par des agences gouvernementales, les secteurs paraétatiques et privés seront acquis sur la base d'une consultation d'un minimum de trois fournisseurs. La consultation inclura au moins un fournisseur ayant son siège social en Suisse. Les Parties contractantes pourront convenir de faire des exceptions aux dispositions ci-dessus, notamment pour l'achat de pièces de rechange et d'autres produits ne pouvant être obtenus pour des raisons techniques ou économiques qu'auprès de fournisseurs spécifiques.
 - c) Toute documentation relative à l'acquisition de biens sera soumise à l'examen du Gouvernement suisse, à la requête de ce dernier.
2. La BCM soumettra périodiquement à l'approbation du Gouvernement suisse des listes de biens, tel qu'il est mentionné à la disposition 2.3 du présent accord. Les demandes seront adressées à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures par l'intermédiaire de l'Ambassade de Suisse à Madagascar. Chaque liste devra inclure de manière aussi détaillée que possible :
 - la description des biens à importer ;
 - les fins auxquelles les biens seront utilisés (bénéficiaires, besoins) ;

- le montant (confirmé par des factures pro forma ou autre documentation);
- l'importateur;
- le fournisseur de biens (avec les indications sur son choix);
- toute autre information utile dans le contexte spécifique d'une demande individuelle.

3. A la réception de cette liste indicative, le Gouvernement suisse signalera à la BCM par l'intermédiaire de l'Ambassade de Suisse à Madagascar quels sont les biens pouvant être financés au titre du présent accord. La BCM ouvrira des lettres de crédit en vertu desquelles la Banque Nationale Suisse effectuera les paiements à la banque du fournisseur après avoir obtenu toute la documentation nécessaire (c'est-à-dire facture, liste des emballages, connaissance, certificat de qualité, etc.).

4. Une fois que la requête présentée par la BCM a été acceptée, l'Office des affaires économiques extérieures informera la Banque Nationale Suisse de sa décision et fournira tous les détails nécessaires afin de permettre à la Banque Nationale Suisse de vérifier si les biens à financer sur la base de l'accréditif présenté sont conformes à l'accord initial donné par l'Office des affaires économiques extérieures.

Modalités d'encaissement, d'utilisation
et de contrôle du Fonds de contrepartie

Conformément à l'article 5 du présent accord les modalités suivantes sont arrêtées:

1. Les versements alimentant le Fonds de contrepartie en francs malgaches seront encaissés au plus tard 90 jours, date du connaissance.
2. Un compte spécial numéro intitulé deuxième fonds d'aide financière suisse (Accord du 1983) sera ouvert auprès de la BCM au plus tard une semaine après la signature du présent accord. Ce compte sera alimenté par les versements en francs malgaches des contrevaleurs des biens importés, calculées sur la base du taux de change en vigueur à la date du paiement du fournisseur par la Banque Nationale Suisse. Le compte spécial **sera soldé** après l'utilisation complète de l'avoir.
3. Le Fonds de contrepartie sera utilisé pour le financement des coûts locaux d'activités visant à contribuer à la relance à court terme de l'économie malgache par une augmentation de l'utilisation de la capacité de production industrielle et avant tout artisanale existante et par la remise en état ou l'entretien des infrastructures routières et des réseaux hydrauliques et hydro-agricoles. Le Fonds peut également être utilisé pour des actions de reboisement et en général pour des actions de protection de l'environnement et de réhabilitation.
4. La DGP est l'organisme chargé d'assurer les liaisons avec l'Ambassade de Suisse à Madagascar pour tout ce qui concerne le choix des activités à financer par le Fonds de contrepartie. Elle consultera l'Ambassade de Suisse à Madagascar avant de décider de l'utilisation du Fonds pour les activités mentionnées au chiffre 3 ci-dessus. En particulier elle demandera à l'Ambassade de Suisse son avis sur le plan annuel d'activités préparé à la fin de l'année calendaire antérieure. Le plan comprendra notamment des informations sur les

institutions bénéficiaires, les montants du Fonds de contrepartie à engager pour chaque activité, un plan d'opération pour les travaux à réaliser ainsi que les autres sources de financement éventuelles pour les activités prévues. Si la DGP estime nécessaire de modifier substantiellement le plan annuel au cours de son exécution, elle saisira au préalable l'Ambassade de Suisse pour avis.

5. Le déblocage des fonds sera exécuté par la BCM par le débit du compte spécial numéro , sur ordre du Ministère des Finances, dans le cadre du plan d'utilisation défini au chiffre 4 ci-dessus.
6. La DGP (i) informera l'Ambassade de Suisse au moment de la consultation annuelle mentionnée au chiffre 4 ci-dessus sur les résultats du plan d'activités de l'année antérieure et fournira à cette dernière un état du compte spécial mentionné au chiffre 2 ci-dessus, et (ii) fournira à l'Office des affaires économiques extérieures par l'intermédiaire de l'Ambassade de Suisse à Madagascar, une fois le programme achevé mais au plus tard 6 mois après la date de clôture ou telle date postérieure décidée d'un commun accord entre les Parties contractantes, un état financier certifié par la BCM concernant l'utilisation du Fonds de contrepartie.